



Niederschrift

Finanzausschuss (53. Sitzung),
Innen- und Rechtsausschuss (48. Sitzung) und
Sozialausschuss (49. Sitzung)

20. Wahlperiode

am Donnerstag, dem 12. Februar 2024, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender des Finanzausschusses

Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses

Martin Balasus (CDU)

Michel Deckmann (CDU)

Hauke Hansen (CDU)

Thomas Jepsen (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Rixa Kleinschmit (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Marion Schiefer (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Catharina Nies (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nelly Waldeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Dr. Bernd Buchholz (FDP)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)	4
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1700	
	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024	4
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1701	
2.	Neue Terminplanung 2024 des Finanzausschusses (inklusive Beratungen über den Haushaltsentwurf 2025) Umdruck 20/2699	27
3.	Verschiedenes	28

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/1700](#)

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/1701](#)

(überwiesen am 24. Januar 2024)

Einzelplan 01

Landtag

[Umdrucke 20/2666](#) und [20/2710](#)

Landtagspräsidentin Herbst und Landtagsdirektor Dr. Schliesky führen in Einzelplan 01 ein ([Umdruck 20/2710](#)). Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies antworten sie, in der Nachschiebeliste werde es einige Anpassungen, aber keine größeren Änderungen geben.

Einzelplan 02

Landesrechnungshof

[Umdruck 20/2720](#)

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, führt in Einzelplan 02 ein ([Umdruck 20/2720](#)). – Nachfragen werden nicht gestellt.

Einzelplan 05

Finanzministerium

[Umdrucke 20/2669](#) und [20/2707 \(neu\)](#)

Finanzministerin Heinold führt in Einzelplan 05 ein ([Umdruck 20/2707 \(neu\)](#)).

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zum Personalbudget verweist Herr Muschke, Beauftragter für den Haushalt des Einzelplans 05, auf die Vorbemerkung in [Umdruck 20/2669](#), Seite 2. Während auf Planstellen für Beamte auch Tarifbeschäftigte geführt werden könnten, dürften auf Stellen für Tarifbeschäftigte keine Beamten geführt werden.

Kapitel 05 01 – Allgemeine Angelegenheiten

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. – beantwortet Finanzministerin Heinold dahin, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation für Beamtinnen und Beamte (Sonderzahlung) könnte im zweiten Quartal 2024 erfolgen.

Kapitel 05 05 – Steuerwesen

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 111 01 – Gebühren und tarifliche Entgelte – antwortet Herr Muschke, bei der Kalkulation des Haushaltsansatzes habe man den Durchschnitt der Einnahmen der letzten fünf Jahre zugrunde gelegt und vorsichtig kalkuliert.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies zur personellen Situation in den Finanzämtern erwidern Herr Muschke und Staatssekretärin Dr. Torp, man unternehme eine Vielzahl von Maßnahmen, um Personal zu gewinnen und zu halten. Man habe knapp 100 Tarifbeschäftigte im mittleren Dienst eingestellt (in der Regel Entgeltgruppe 6), um Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte von operativen, administrativen Aufgaben zu entlasten. Das Zusammenspiel funktioniere gut.

Auf Fragen der Abgeordneten Herdejürgen und Raudies zu Titel 525 01 – Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten – bekräftigt Staatssekretärin Dr. Torp noch einmal die Notwendigkeit, bei der Personalrekrutierung am Ball

zu bleiben, die Arbeit in der Finanzverwaltung als spannend darzustellen, ein „Wir-Gefühl“ zu erzeugen und den jungen Menschen eine Entwicklungsperspektive in der Steuerverwaltung aufzuzeigen. Über die Auswahl der Werbeagentur werde man den Finanzausschuss unterrichten. Die dezentrale Einstellungspraxis biete große Vorteile, weil die jungen Menschen meistens wohnortnah eingesetzt werden wollten.

Zu Titel 518 99 – Leasingraten für Kraftfahrzeuge – fragt Abgeordnete Raudies, wie das Förderverfahren des MEKUN gelaufen sei; der Vorsitzende fragt, wie viele E-Fahrzeuge die einzelnen Ressorts angeschafft hätten.

Kapitel 05 06 – Wirtschaft

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. – beantwortet Ministerin Heinold dahin, das Finanzministerium werde zum Thema „Erstellung einer Schlussrechnung in Bezug auf den Schaden für den Landeshaushalt im Kontext ehemalige HSH Nordbank durch ein externes Beratungsunternehmen“ mit einem Schreiben auf den Finanzausschuss zukommen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 533 01 – Werkverträge und andere Auftragsformen – hebt Ministerin Heinold hervor, die Spendenplattform sei eine kostengünstige und niedrighschwellige Möglichkeit, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

Kapitel 12 05 – Finanzministerium

Zu Titel 711 14 – Einrichtung von Zentralen Informations- und Annahmestellen (ZIAS) in den Finanzämtern – bittet Abgeordnete Raudies das Finanzministerium mitzuteilen, ob es weitere Maßnahmen zur Einrichtung von Zentralen Informations- und Annahmestellen in den Finanzämtern gebe.

Einzelplan 11

Allgemeine Finanzverwaltung

[Umdrucke 20/2449, 20/2669](#) und [20/2709](#)

Finanzministerin Heinold führt in Einzelplan 11 ein ([Umdruck 20/2709](#)). Auf Fragen der Abgeordneten Krämer und Raudies erwidert sie, zur Umsetzung einer verfassungskonformen Besoldung im Jahr 2024 plane die Landesregierung eine Summe von bis zu 100 Millionen Euro ein. Den Gesetzentwurf zur Änderung des Besoldungsgesetzes wolle man dem Landtag vor Ostern zuleiten und vor der Sommerpause 2024 in zweiter Lesung verabschieden. Für die beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren zur amtsangemessenen Alimentation (Sonderzahlung) im Zeitraum 2007 bis 2021 habe keine Landesregierung Vorsorge getroffen.

Angesichts der Haushaltslage seien die Einschnitte beim Versorgungsfonds und bei IMPULS zwar schmerzlich, aber ein notwendiger Beitrag, eine Haushaltslücke vorübergehend zu schließen; die Landesregierung werde Stück für Stück weitere Sparmaßnahmen beschließen.

Kapitel 11 01 – Steuern und steuerähnliche Abgaben

Zu Titel 013 01 – Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) – fragt Abgeordnete Krämer, was sich hinter der Zweckbestimmung verberge.

Eine Frage der Abgeordneten Krämer zur Umsatzsteuer beantwortet Ministerin Heinold dahin, das Land werde die finanziellen Auswirkungen bundesgesetzlicher Regelungen so weit wie möglich im Landeshaushalt berücksichtigen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 122 01 – Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze – erwidert Ministerin Heinold, der Ansatz sei das Ergebnis der Steuerschätzung.

Kapitel 11 02 – Finanzzuweisungen

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. – entgegnet Herr Jerratsch, Beauftragter für den Haushalt Einzelplan 11, die Vorlage des Gutachtens zum kommunalen Finanzausgleich könnte sich verzögern, weil bei der Datengrundlage nachgebessert werden müsse.

Zu Titel 633 29 – Zuweisungen für kommunale Schwimmsportstätten gemäß § 24 FAG – fragt Abgeordnete Raudies das Innenministerium, ob die Mittel 2023 auskömmlich seien; Abgeordnete Krämer fragt, inwieweit die Mittel entsprechend der Intention des Haushaltsgesetzgebers (Orientierung am Schwimmunterricht) vergeben worden seien.

Zu Titel 633 24 – Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen gemäß § 23 FAG – fragt Abgeordnete Krämer das Sozialministerium, ob es die einzelnen Zuweisungen für 2024 als auskömmlich betrachte.

Kapitel 11 04 – Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Zu Titel 871 01 – Inanspruchnahmen aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen – bittet Abgeordnete Raudies die Landesregierung um nähere Informationen in Form eines vertraulichen Umdrucks.

Zu Titel 871 06 – Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen im Rahmen der Förderprogramme zur Abmilderung der Folgen der stark gestiegenen Energiepreise im Bereich Wirtschaftsunternehmen – bittet Abgeordnete Raudies um Zuleitung der Berechnungsgrundlage.

Kapitel 11 06 – Beihilfen und Heilfürsorge

Zu Titel 281 01 – Erstattungen bei Beihilfe-Aufwendungen des Landes infolge des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes – fragt Abgeordnete Raudies, wie hoch das Ist 2023 sei und ob sich rechtliche Rahmenbedingungen geändert hätten.

Kapitel 11 11 – Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 971 08 – Vorsorge für Nachforderungen im Bereich der Eingliederungshilfe und Sozialhilfe – erwidert Ministerin Heinold, man brauche an dieser Stelle auf jeden Fall eine Vorsorge. Im Bereich Sozialhilfe werde in der Nachschiebeliste eine Absenkung erfolgen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 971 02 – Globale Mehrausgabe – erwidert Ministerin Heinold, der Bundesfinanzminister habe ihr mitgeteilt, dass er fest davon ausgehe, dass es aus Gründen der Verfassungskonformität eine Anpassung der Grund- und Kinderfreibeträge geben werde.

Abgeordnete Krämer bittet um nähere Informationen zu den in Titel 633 03 – Zuwendungen für nicht investive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände – finanzierten Maßnahmen.

Kapitel 11 16 – Kredite, Finanzderivate, Schulden

Bei Titel 575 01 – Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate) – diskutiert der Finanzausschuss erneut über die Höhe der Zinsausgaben und vereinbart, die Beratung bei Vorlage des Jahresabschlusses 2023 fortzusetzen.

Kapitel 12 11 – Allgemeine Hochbauvorhaben des Landes

Zu Titel 712 03 – Maßnahmen zum Aufbau einer Ladeinfrastruktur – fragt Abgeordnete Raudies, wo Ladepunkte aufgebaut werden sollten.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 712 04 – Mehrausgaben aus krisenbedingten Kostensteigerungen bei Hochbaumaßnahmen des Landes (Notkredit) – erwidert Finanzministerium Heinold, die Kostensteigerungen seien krisenbedingt und sollten nach Auffassung der Landesregierung aus Notkreditmitteln bezahlt werden.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer und Raudies zu Titel 712 21 – Energetische Sanierungsmaßnahmen – wirbt Ministerin Heinold dafür, für die energetische Sanierung der Landesliegenschaften weiter Geld anzusparen, um Projekte planen und später tatsächlich umsetzen und bezahlen zu können.

Kapitel 12 20 – Raumbedarfsdeckung des Landes

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer und Raudies zu Titel 517 94 – Mehrausgaben aus krisenbedingten Kostensteigerungen bei Bewirtschaftungsleistungen durch die GMSH (Notkredit) – sagt Ministerin Heinold zu, die Berechnung des Haushaltsansatzes schriftlich zu erläutern.

Kapitel 12 21 – Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung (ZGB)

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 533 32 – FbT-Planungsleistungen ohne unmittelbaren Baumaßnahmenbezug – beantwortet Finanzstaatssekretär Rabe dahin, es handele sich um Bedarfsplanungen der Ressorts, im Laufe des Jahres könnten weitere Maßnahmen hinzukommen.

Bei Titel 821 01 – Grunderwerb von Grundstücken und Gebäuden – fragt Abgeordnete Raudies, warum das Grundstück in Plön erworben werde.

Zu Titel 711 04 – Investitionen zur Nutzung von regenerativen Energien in Landesliegenschaften – wünscht sich Abgeordnete Raudies, dass die anfallenden Ausgaben nicht in einem Extratitel ausgewiesen würden.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 711 05 – Maßnahmen zur Flächensuffizienz in Landesliegenschaften – kündigt Staatssekretär Rabe die Vorlage des Flächeneinsparkonzepts der Landesregierung für das zweite Quartal 2024 an.

Abgeordnete Herdejürgen bittet die Landesregierung, für den Finanzausschuss alle mit der Ansiedlung von Northvolt zusammenhängenden Haushaltstitel aufzulisten.

Einzelplan 15
Landesverfassungsgericht (mit Innen- und Rechtsausschuss)

[Umdruck 20/2711](#)

Der Präsident des Landesverfassungsgerichtes, Herr Dr. Brüning, stellt den Einzelplan 15 vor ([Umdruck 20/2711](#)). – Nachfragen werden nicht gestellt.

(Unterbrechung 14:08 bis 14:24 Uhr)

Einzelplan 04
Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport
(mit Innen- und Rechtsausschuss)

[Umdrucke 20/2668, 20/2719](#) und [vertraulicher Umdruck 20/2679](#)

Die Innenministerin, Frau Dr. Sütterlin-Waack, führt in Einzelplan 04 ein ([Umdruck 20/2719](#)).

Abgeordnete Raudies und Abgeordneter Harms fragen zu Ergänzungen des Einzelplans über die Nachschiebeliste. – Ministerin Dr. Sütterlin-Waack berichtet, sie wolle zwar der Kabinettsbefassung nicht vorgreifen, aber aus ihrer Sicht werde es unter anderem bei Aus- und Fortbildung, bei Geräten und sonstigen beweglichen Sachen, bei der Wasserschutzpolizei und insbesondere zur Bewältigung der Folgen der Ostseesturmflut Änderungen geben. Die Ausgaben zur Bewältigung der Sturmflut seien per Notkredit finanziert. Im sozialen Wohnungsbau seien die Mittel für 2024 bereits im Januar ausgeschöpft worden, sodass hier weitere Mittel von 100 Millionen Euro für Darlehen erforderlich seien.

Abgeordneter Dr. Buchholz fragt, ob nach dem Bekanntwerden der Vorfälle bei der Polizei in Mölln eine Stärkung der Demokratieförderung und Anti-Rassismuarbeit bei der bei der Landespolizei geplant sei. – Ministerin Dr. Sütterlin-Waack weist darauf hin, die MEGAVO-Studie des Bundes habe zwar einen Zwischenbericht vorgelegt, sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Ihrer Vorstellung nach werde das Projekt „Demokratielotsen“, das derzeit zwei Lotsen pro Polizeidirektion zur Verfügung stelle, ausgeweitet. Auch habe sich wohl gezeigt, dass es wichtig sei, bei diesem Thema nach ungefähr zehn Jahren zu einer Nachschulung der Beamtinnen und Beamten zu kommen.

Abgeordneter Dr. Buchholz und Abgeordnete Krämer fragen nach unbesetzten Planstellen beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation. Hier gebe es 50 offene Stellen, so Abgeordneter Dr. Buchholz, auch ein Zusammenhang zu den Bodenrichtwerten für die Grundsteuerreform sei denkbar, so Abgeordnete Krämer. – Die Ministerin bestätigt, das Thema dieser unbesetzten Stellen habe sie und ihr Haus immens umgetrieben. Ihr liege eine Liste der Leiterin des Landesamtes vor, aus der hervorgehe, dass in den nächsten Jahren mit großen altersbedingten Abgängen zu rechnen sei. Ursächlich für die unbefriedigende Personalsituation sei, dass nicht genügend ausgebildet werde. Es seien daher zwei Planstellen an die Universität abgeordnet worden, sie verbinde hiermit die Hoffnung, dass es gelinge, die Ausbildung in diesem Bereich zu stärken und so perspektivisch die Stellen zu füllen. Ein Zusammenhang zur Aufstellung der Bodenrichtwerte sei durchaus möglich.

Kapitel 04 01 – Ministerium

Auf eine Bitte der Abgeordneten Raudies zu Titel 526 01 – Gerichts- und ähnliche Kosten – sichert die Ministerin zu, dem Ausschuss Einzelheiten über das behördliche Disziplinarverfahren, das bereits im Juni 2021 beendet wurde, zur Verfügung zu stellen.

Abgeordneter Dr. Buchholz fragt nach dem Rückgang beim Titel 111 01 – Gebühren und tarifliche Entgelte. – Frau Dr. Detering, Leiterin des Haushaltsreferats des Innenministeriums, erklärt, der Rückgang gehe zurück auf die Schaffung der länderübergreifenden Anstalt für die Glücksspielaufsicht.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zum Titel 526 29 – Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. – verspricht die Ministerin die Übersendung des Gutachtens zur Aufstellung und Ausarbeitung der neuen Genossenschaftsförderung. Das Konzept der neu zu gründenden Landesentwicklungsgesellschaft werde voraussichtlich Mitte 2024 ausgeschrieben, das Konzept solle 2025 vorliegen.

Abgeordnete Raudies und Abgeordneter Dr. Dolgner sprechen Titel 633 01 – Erstattungen an Kreis und kreisfreie Städte für die Durchführung der kommunalen Bürgerbeteiligung – an. Abgeordnete Raudies fragt hierzu zunächst, ob die Kürzung mit den kommunalen Landesverbänden geeint sei. – Herr Sibbel, Staatssekretär im Innenministerium, erläutert, seit 2012 habe es aufgrund einer Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden pauschal

500.000 Euro per anno gegeben; hierfür gebe es nun mit der neuen Rechtslage für Bürgerentscheide keine Rechtsgrundlage mehr. – Abgeordneter Dr. Dolgner weist darauf hin, dass die Rechtslage, anders als in der Antwort der Landesregierung behauptet, nicht derjenigen von 2012 gleiche, weil die Bauleitplanung grundsätzlich für Bürgerentscheide zugänglich bleibe, solange keine Zweidrittelmehrheit dies verwehre. – Staatssekretär Sibbel wiederholt, in der Gesamtschau bleibe es bei der Einschätzung der Landesregierung, dass die Rechtslage derjenigen bis 2012 vergleichbar sei. – Innenministerin Dr. Sütterlin-Waack ergänzt, der Unterschied bestehe darin, dass es nun nicht mehr eine pauschale Überweisung gebe. Sie sichert eine schriftliche Information des Ausschusses, inwieweit dies mit den Kommunen und kommunalen Landesverbänden geeint sei, zu.

Abgeordneter Dr. Buchholz thematisiert jetzt die Streichung der Zuschüsse an kommunale Schuldnerberatungsstellen (Notkredit) zu Haushaltstitel 633 05. Er halte diese Arbeit nach wie vor für wichtig, gerade angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage. – Staatssekretär Sibbel bestätigt, es seien hierfür im Entwurf 2024 keine Mittel vorgesehen. Staatssekretärin Finke ergänzt, das entsprechende Förderprogramm sei wie beabsichtigt abgewickelt worden; wie auch bei anderen Förderprogrammen, die aus Notkredit finanziert seien, sei ein Auslaufen zum Jahresende 2023 beabsichtigt. – Abgeordneter Brandt weist darauf hin, es habe sich um ein einmaliges Unterstützungsprogramm gehandelt im Zuge der Maßnahmen infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. – Ministerin Dr. Sütterlin-Waack bestätigt dies. Das Projektprogramm sei infolge des Energiegipfels im September 2022 vereinbart worden. – Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Herdejürgen bestätigt die Ministerin, es gebe keine noch zu bearbeitenden Anträge auf Förderung.

Kapitel 04 02 – Sport

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 684 07 – Zuschüsse an Dritte für Starterprojekte des Zukunftslands Sportplan SH – verspricht die Innenministerin, Einzelheiten zur Förderung des hessischen Innenministeriums schriftlich nachzuliefern.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 684 01 – Zuschüsse an Dritte zur Förderung des Sports – berichtet Staatssekretärin Finke, derzeit würden die eingegangenen Anträge auf Förderung noch ausgewertet. Die zur Verfügung stehende Summe sei auf jeden Fall deutlich

überzeichnet. Es werde beabsichtigt, möglichst viele Sportgroßveranstaltungen über deckungsfähige Titel zu fördern. Unter anderem werde die Europeada gefördert. Nach Abschluss der Auswertung der Anträge werde sie den Ausschüssen schriftlich hierzu berichten.

Zum Titel 893 01 – Förderungen an Dritte zur Förderung des Sports – thematisiert Abgeordnete Herdejürgen die relativ geringen Förderungen in 2022 und 2023 bei gleichzeitig relativ hohen Haushaltsansätzen. – Staatssekretärin Finke gibt zu, es müsse versucht werden, die entsprechenden Förderprogramme noch bekannter zu machen. Es werde jedoch über die Deckungsfähigkeit versucht, die zur Verfügung stehenden Mittel für den Zweck der Förderung des Sports auszugeben. Einzelheiten werde sie schriftlich nachberichten.

Kapitel 04 05 – Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Zu Titel 883 01 – Förderung von Feuerwehrhäusern – stellt die Innenministerin auf eine Frage der Abgeordneten Raudies klar, es werde keine Förderung über die in der Rücklage vorhandenen 8,5 Millionen Euro geben in 2024 und 2025.

Zur tunnelspezifischen Ausbildung der Einsatzkräfte Feuerwehr – Titel 525 04 – berichtet die Innenministerin auf Fragen des Abgeordneten Dr. Buchholz, die Ausbildung habe bereits begonnen. – Frau Dr. Detering ergänzt, es sei schwierig, die entsprechenden Fachkräfte zu finden, sodass der Personalaufbau peu à peu erfolge. – Der Ausschuss bittet um eine detailliertere schriftliche Information.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 883 07 – Zuweisungen für den Bau der Feuerwache Stadt Fehmarn – berichtet die Ministerin, auch derzeit seien für die Ertüchtigung der Interimswache „Alte Schule“ bereits Mittel erforderlich gewesen; darüber hinaus gehe es um die Planung. Der Brandschutz müsse auch schon während des Baus des Tunnels sichergestellt werden, ergänzt Staatssekretär Sibbel.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 633 70 – Zuweisungen für die Wasserrettung in der alltäglichen Gefahrenabwehr durch Kommunen in den nicht kommunalisierten Küstengewässern – berichtet Staatssekretär Sibbel, die entsprechenden Gespräche mit den Kommunen fänden derzeit statt, es sei noch nicht möglich zu sagen, wer aus dem Titel Geld erhalten werde. – Herr Hamann, Mitarbeiter im Katastrophenschutzreferat des Innenministeriums,

sichert eine entsprechende Nachlieferung an den Ausschuss zu. – Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Harms berichtet Herr Hamann, es handele sich um einen langwierigen Prozess. Es sei erforderlich, für jeden Küstenabschnitt eine Wasserrettungseinheit zu finden. Grundlage müsse eine entsprechende Mustervereinbarung mit den Gemeinden sein. – Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Herdejürgen stellt Frau Kubsch, stellvertretende Leiterin des Haushaltsreferats des Innenministeriums klar, die Antworten bezögen sich nun auf Titel 883 70, wie auch in der Antwort auf die entsprechende Frage der SSW-Fraktion (Umdruck 20/2668, Seite 72). Grundlage seien die entsprechenden Einschätzungen des Fachreferats. – Abgeordneten Raudies zeigt sich unzufrieden, dass das bereits 2021 verabschiedete Wasserrettungsgesetz offenbar noch nicht umgesetzt sei. Es sei wichtig, dass der Haushaltsgesetzgeber hierzu belastbare Zahlen erhalte. – Frau Dr. Detering antwortet, in der entsprechenden Maßnahmengruppe seien 780.000 Euro eingestellt worden. – Herr Hamann betont, es handele sich um grobe Schätzungen. Wichtig sei zunächst gewesen, die verwaltungstechnischen Voraussetzungen zu schaffen, um entsprechende Vereinbarungen mit den Kommunen abschließen zu können. Dies entspreche auch dem Wunsch der kommunalen Landesverbände. Er stimme der Abgeordneten Raudies zu, dass die zeitliche Verzögerung bedauerlich sei; er verweist auf die anderen Aufgaben im Katastrophenschutz. Ziel sei es, im nächsten halben Jahr die Mustervereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden zu einen und im laufenden Jahr mit fünf Kommunen Vereinbarungen abzuschließen, die dann mit der erforderlichen Ausstattung versehen würden. Ab 2025 sei beabsichtigt, jährlich zehn Kommunen auszustatten. – Abgeordnete Raudies bittet um einen Bericht an den Innen- und Rechtsausschuss zu gegebener Zeit.

Kapitel 04 08 – Landesplanung

Die Innenministerin berichtet auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 359 01 – Entnahme aus der Rücklage „Flächenmanagement“ –, mit den verbleibenden 3,69 Millionen Euro sei beabsichtigt, die Personalkosten der bereits zugesagten Flächenmanagerinnen und -manager in den Kommunen zu bezahlen.

Eine weitere Frage der Abgeordneten Raudies betrifft den Anstieg bei Titel 526 01 – Gerichts- und ähnliche Kosten. – Ministerin Dr. Sütterlin-Waack meint, die Verfahren seien noch anhängig, sodass es erforderlich sei, die hohe Summe einzustellen. Es handele sich um Verfahren im Rahmen der Aufstellung der Windregionalpläne.

Kapitel 04 08 – Landesplanung

Abgeordnete Raudies fragt zu Einzelheiten des Baulandfonds (Titel 671 61). – Ministerin Dr. Sütterlin-Waack erläutert, das Projekt sei für Kommunen gedacht, die entsprechende Projekte, die sonst nicht rentabel seien, auf den Weg brächten. Es werde vom Ministerium stark beworben. – Angesichts der Zinsentwicklung werde das Programm derzeit auf den Prüfstand gestellt, ergänzt Staatssekretärin Finke.

Abgeordneter Dr. Buchholz fragt zu Titel 633 71 – Zuweisungen an Kreise, Gemeinden und Zweckverbände für grenzüberschreitende Maßnahmen –, warum hier auch die Unterstützung einer Innovationsstrategie und eines Konzeptes einer Innovationsagentur für die Metropolregion Hamburg aufgeführt sei, wo doch die Landesregierung sich von diesem Projekt zwischenzeitlich distanziert habe. – Frau Kubsch weist zunächst darauf hin, der Rückgang im Soll auf 600.000 Euro für 2024 sei durch einen Einmaleffekt 2023 zu erklären. – Zur Innovationsagentur antwortet Frau Dr. Detering, die Antwort in Umdruck 20/2668 (Seite 107) beruhe noch auf dem alten Sachstand. – Abgeordneter Brandt ergänzt, das entsprechende Konzept liege bereits vor.

Abgeordnete Raudies fragt nach Einzelheiten zu Titel 883 71 – Zuweisungen an Kreise, Gemeinden und Zweckverbände für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen. – Frau Dr. Detering erläutert, der Betrag von 600.000 Euro sei durch entsprechende Vereinbarungen innerhalb der Metropolregion fix, über die Verteilung der Summe werde dann innerhalb der Gremien der Metropolregion entschieden. – Abgeordnete Krämer kritisiert die hier aufgeführte „Erneuerung Dauerausstellung Bergedorfer Schloss“ und fragt, inwieweit diese unter den Begriff einer infrastrukturellen Maßnahme falle. – Staatssekretärin Finke sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Kapitel 04 10 – Polizei

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies und Dr. Dolgner zu Titel 812 01 – Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen – erläutert Staatssekretärin Finke, dass die Waffe MCX der Firma Sig Sauer durch das Modell HK437 von Heckler & Koch ersetzt werde. – Abgeordneter Dr. Dolgner äußert sich kritisch zu dieser Entscheidung, insbesondere auch, was die Ersetzung der MP5 angehe. – Staatssekretärin Finke bestätigt, die HK437 ersetze sowohl

MP5 als auch MCX. – Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner erläutert Herr Hinrichsen, Landespolizeiamt, Hintergrund sei der Wunsch der Landespolizei nach einem einheitlichen Waffensystem. – Abgeordneter Dr. Dolgner bittet um einen Bericht im Innen- und Rechtsausschuss zu gegebener Zeit.

Zur Entnahme aus der Rücklage „Investitionen Polizei“ – Titel 359 01 – fragt Abgeordneter Herdejürgen nach den Gründen für den Ansatz von null Euro für 2024. – Herr Hinrichsen erläutert, die Rücklage sei wegen der Lieferschwierigkeiten bei Fahrzeugen und Booten zu bilden gewesen. – Zur Entnahme aus der Rücklage erläutert Frau Kubsch, dass diese grundsätzlich nicht veranschlagt würden. Anders sei es nur bei den Notkrediten. Der Finanzausschuss werde halbjährlich über den Stand der Rücklagen informiert. – Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Harms, bittet um eine Information, welche Beschaffungen mit der Rücklage in 2024 beabsichtigt sind.

Abgeordnete Raudies fragt, warum das Landesprogramm Einbruchschutz – Titel 893 66 – nicht besser angenommen werde. – Die Innenministerin weist auf die Werbemaßnahmen hin. – Abgeordnete Krämer meint, nicht abgerufene Mittel dieses Titels dürften nicht bei der IBSH verbleiben. – Staatssekretärin Finke berichtet, es gebe hierzu eine Vereinbarung mit der IBSH, die auch die Überführung jeweils nicht verausgabter Mittel ins Folgejahr vorsehe.

Kapitel 04 16 – Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Zur Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen (Notkredit) – Titel 681 03 – fragt Abgeordnete Raudies, ob das Wohngeld ab 2025 komplett aus dem Landeshaushalt gezahlt werden solle. – Ministerin Dr. Sütterlin-Waack erläutert, es gebe für 2025 noch keinen Notkreditbeschluss, daher könne sie die Frage derzeit nicht beantworten. Zum jetzigen Zeitpunkt sei eine weitere Finanzierung aus Notkrediten nach dem Jahr 2024 in der Tat nicht vorgesehen, ergänzt die Ministerin auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Herdejürgen zum Titel Zuschüsse an Sonstige für Infrastrukturmaßnahmen – Titel 535 03 – erläutert Frau Dr. Detering, bei Haushaltsaufstellung sei noch nicht absehbar gewesen, dass hier im Jahr 2024 keine Maßnahmen geplant seien; es werde hier im Rahmen der Nachschiebeliste zu Änderungen kommen.

Herr Dr. Badenhop, Landesrechnungshof, spricht Titel 884 31 – Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der IBSH aus Landesmitteln – an. In Umdruck 20/2477 habe die Landesregierung dargestellt, dass 11 Millionen Euro der hier veranschlagten 23,85 Millionen Euro aus Notkrediten stammten. Dies finde sich jedoch im Haushaltsentwurf nicht wieder. – Frau Kubsch sichert eine Korrektur zu.

Zu Titel 883 31 – Zuweisungen im Rahmen des Förderprogramms „Herrichtung von Unterkünften“ (Notkredit) fragt Herr Dr. Badenhop, ob ein Bezug zur Notlage infolge des Ukrainekriegs gegeben sei, wenn die Mehrheit der unterzubringenden Menschen nicht aus der Ukraine stamme. – Staatssekretär Sibbel antwortet, der entsprechende unmittelbare Zusammenhang sei vorhanden; es gehe hier insbesondere um die temporären kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte, in denen Geflüchtete aus der Ukraine und aus anderen Ländern untergebracht werden sollen. Eine zahlenmäßige Differenzierung sei hier nur schwer möglich.

Innenministerin Dr. Sütterlin-Waack berichtet auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 684 01 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Energieberatungen (Notkredit), es liege noch kein Ergebnis der Prüfung vor, inwieweit hier Änderungen erforderlich seien.

Zu **Einzelplan 11** thematisiert Abgeordnete Krämer bei Titel 633 29 – Zuweisungen für kommunale Schwimmsportstätten gem. § 24 FAG – die Verteilung der Mittel auf die Kommunen. Eine reine Verteilung je nach Wasserfläche sei nicht zielführend. – Abgeordnete Raudies ergänzt, offenbar seien einige Gemeinden doppelt berücksichtigt worden, andere überhaupt nicht. – Herr Jacobs, Leiter des Sportreferats im Innenministerium, erklärt, im Rahmen des Titels stünden 7,5 Millionen Euro zur Verfügung, die ausgezahlt würden. Es gebe keine Anträge, insofern sei ihm nicht bekannt, ob die Summe auskömmlich sei. Wenn eine Gemeinde doppelt aufgeführt sei (Umdruck 20/2669, Seite 102 bis 106), so weise das darauf hin, dass die entsprechende Gemeinde mehrere Bäder betreibe. Das Ministerium erfasse die gegebenen Schwimmernstunden. – Abgeordnete Krämer meint, bisher sei nicht nach Schwimmstunden, sondern nach Wasserfläche ausgezahlt worden. Sie plädiere dafür, sich an der Zahl der Schwimmstunden zu orientieren.

Kapitel 12 04 – Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Abgeordneter Dr. Buchholz und Abgeordnete Raudies fragen zur Herrichtung von Raumschießanlagen – Titel 711 11 –, ob hier nicht doch eine Ausgabe in 2024 zu erwarten sei. – Staatssekretärin Finke erklärt, das Land befinde sich derzeit mit dem Finanzministerium und insbesondere mit der Kommune Albersdorf in Gesprächen. Eventuell komme es hier zu einer Anmietung. Wichtig sei es, hier zu einem Gesamtkonzept für die Raumschießanlagen zu kommen. Sie werde in einigen Wochen auf den Innen- und Rechtsausschuss zukommen.

Kapitel 16 04 – Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Abgeordnete Raudies fragt zu Titel 883 04 – Zuschüsse für die Sanierung kommunaler Sportstätten – nach den Gründen, warum die Mittel nicht vollständig verausgabt worden seien. – Frau Kubsch erläutert, einmal zur Verfügung gestelltes Geld bei IMPULS fließe bei Nichtverausgabung ins Sondervermögen zurück und könne in den Folgejahren für denselben Zweck ausgegeben werden.

(Nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzungsteil 16:08 bis 16:18 Uhr;
Unterbrechung 16:18 bis 16:26 Uhr)

Einzelplan 09

Ministerium für Justiz und Gesundheit

(mit Innen- und Rechtsausschuss und Sozialausschuss)

[Umdrucke 20/2673](#) und [20/2716](#)

Die Justizministerin, Frau Dr. von der Decken, führt in Einzelplan 09 ein ([Umdruck 20/2716](#)).

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zum voraussichtlichen Inhalt der Nachschiebeliste antwortet Justizstaatssekretär Carstens, neben den bereits erwähnten 3 Millionen Euro Inflationsausgleich für Betreuer handele es sich aufgrund der Haushaltslage nur um kleinere Posten, zum Beispiel die Kw-Vermerke für Verwaltungsrichterinnen und -richter. – Gesundheitsstaatssekretär Dr. Grundei ergänzt, es solle bei den Coronaversorgungsprojekten, die im Ent-

wurf zunächst auf null gesetzt seien, nachgesteuert werden. Ferner sei auch das zwischenzeitlich im Landtag veranstaltete Coronasymposium über die Nachschiebeliste im Haushalt abzubilden.

Kapitel 09 02 – Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Herr Dr. Schady, Stellvertretender Leiter der Abteilung „Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadenwesen“ des Justizministeriums, erläutert auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zum Titel 632 12 – Kostenanteil an dem gemeinsamen Staatsschutzsenat –, in den Antworten (Umdruck 20/2673, Seite 29) seien die beiden Aktenzeichen der Verfahren genannt, der Staatsschutzsenat werde gemeinsam mit Hamburg betrieben.

Abgeordnete Krämer fragt zum deutlich erhöhten Ansatz des Titels 681 03 – Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen. – Herr Pöhlmann, Stellvertretender Leiter des Haushaltsreferats des Ministeriums, erläutert, der Ansatz sei aufgrund der zu einem bestimmten Stichtag vorhandenen Verfahren gerechtfertigt.

Abgeordnete Raudies fragt nach den Vorstellungen der Landesregierung, wie man die Ausbildung für Justizfachangestellte attraktiver machen könne (Titel 428 03 – Ausbildungsentgelte für Justizfachangestellte). – Staatssekretär Carstens verweist darauf, die Fachkräftegewinnung sei insgesamt schwierig und bleibe ein Dauerthema. Er sei jedoch überzeugt, dass das Land ein attraktiver Arbeitgeber sei. – Die Ministerin berichtet vom Projekt „Recht. Staat. Bildung“, mit dem versucht werde, an den Schulen Interesse für die Funktionsweise von Gerichten sowie für Gerichte als Arbeitsplatz zu wecken.

Kapitel 09 03 – Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung und Opferschutz

Abgeordneter Dr. Buchholz thematisiert die auch in diesem Bereich bestehenden Probleme, die vorhandenen Stellen zu besetzen (Titel 422 03 – Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst). – Herr Berger, Leiter der Justizvollzugsabteilung, berichtet, es sei geglückt, alle Ausbildungsstellen mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern besetzen zu können.

Auf eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Dr. Buchholz zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – erläutert Herr Berger, in den Zwischenzeiten zwischen den Ausbildungen der Anwärterinnen und Anwärter arbeite das Ministerium mit Tarifbeschäftigten, was aber naturgemäß einer gewissen Fluktuation unterworfen sei. In der Regel gebe es hier eine Besetzungsquote von 97 Prozent, dies sei jedoch 2023 nicht durchgängig gelungen. – Herr Strunk, Leiter des Haushaltsreferats des Justizministeriums, erläutert ergänzend, es könne im Haushaltsvollzug immer Differenzen zum Entwurf geben in Bezug auf die Verteilung der Mittel für Beamtinnen und Beamte einerseits und Tarifbeschäftigte andererseits.

Abgeordnete Raudies interessiert sich für den Zeitplan für die Reform der Entgelte für die Entlohnung der Gefangenen (Titel 681 05 – Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene). – Herr Berger berichtet, eine entsprechende Arbeitsgruppe des Strafvollzugausschusses der Länder habe Eckpunkte für die Gesetzgebungsvorhaben in den jeweiligen Bundesländern geschaffen. Es sei beabsichtigt, im Laufe des Jahres 2025 einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen.

Auf Rückfragen der Abgeordneten Herdejürgen zur Evaluierung des Abschiebungshaftvollzugs (Titel 533 06) erläutert Herr Berger, eine wissenschaftlich begleitete Evaluation sei auf jeden Fall vorzuziehen. Die Verzögerung sei zum Teil auch auf den langsamen Aufbau der Kapazitäten zurückzuführen. Im Moment werde eine zweite Ausschreibung nach dem Scheitern der ersten Ausschreibung vorbereitet, falls diese auch erfolglos bleibe, werde es einen intern zu erstellenden Evaluierungsbericht geben.

Abgeordnete Raudies fragt, wie das Personal für die Abschiebehafteinrichtung gewonnen und insbesondere gehalten werden könne. – Herr Berger bestätigt, dass es derzeit nicht möglich sei, die Ausbildungsplätze in diesem Bereich zu füllen. Die Attraktivität sei bereits durch die Erhöhung des Anwärtersonderzuschlages verbessert worden. Hinzu komme die Erhöhung des Eingangsamtes von A 7 auf A 8 sowie mit verbesserten Beförderungsmöglichkeiten bis A 9 MZ genügend Instrumente gebe, um Personal auch zu halten. Insgesamt sehe er den Personalaufwuchs hier jedoch trotz einiger Wegbewerbungen auf einem guten Weg, es sei nach wie vor beabsichtigt, 2026/2027 den Vollbetrieb zu erreichen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zur Sozialberatung in der Abschiebehafteinrichtung berichtet Herr Berger, es gebe eine interessierte Organisation, mit der derzeit Gespräche geführt würden.

Abgeordnete Raudies fragt, ob Titel 684 16 – Förderung von Präventionsambulanzen im Bereich Gewalkriminalität – angesichts des Mittelabflusses 2023 auskömmlich sei. – Herr Berger bestätigt, für 2024 sei das Haushaltssoll mit den Trägern verplant. Es handele sich um ungefähr eine Vollzeitstelle pro Standort zuzüglich Overhead. Angesichts der Haushaltslage halte er den Ansatz jedoch für auskömmlich, auch angesichts der Tatsache, dass die Träger ohnehin Schwierigkeiten hätten, Personal zu finden.

Kapitel 09 15 – Gesundheit

Abgeordnete Pauls fragt zu Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. –, ob das Gutachten zu Unterpunkt 5 rechtzeitig vorliege, um noch in die Krankenhausreform einfließen zu können. – Herr Völk, Leiter der Gesundheitsversorgungsabteilung im Ministerium, antwortet, die Versorgungsbedarfsanalyse werde derzeit gemeinsam mit Curacon erarbeitet und solle bis April 2024 vorliegen, um bis Anfang 2025 zu einer Umsetzung zu kommen. Es handele sich um die somatischen Krankenhäuser, der Maßregelvollzug falle hier nicht hinein.

Auf eine Frage der Abgeordneten Pauls zu Titel 633 4 – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verbesserung der Telemedizinischen Versorgung im ländlichen Raum – berichtet Staatssekretär Dr. Grundei, es sei leider erforderlich, auch beim Versorgungssicherungsfonds Einsparungen vorzunehmen. Wichtig sei angesichts der Haushaltslage die Flexibilität. Die entsprechenden Projekte könnten auch mit Mitteln aus dem Versorgungssicherungsfonds dargestellt werden. Es gehe um eine höhere Flexibilität, indem man die Mittel in einem Titel zusammenfasse. – Abgeordneter Dr. Garg zeigt sich nicht überzeugt. Es sei nicht erforderlich, den Versorgungssicherungsfonds zu reduzieren. – Staatssekretär Dr. Grundei entgegnet, der Eingriff sei sicherlich schmerzhaft, stelle jedoch unter den vorhandenen Einsparmöglichkeiten die beste dar. Bei der Krankenhausfinanzierung oder bei bereits etablierten Projekten zu kürzen, wäre falsch gewesen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Pauls zu Titel 633 06 – Zuweisungen an Gemeinden zur Verbesserung der Geburtshilfe im ländlichen Raum – stellt Staatssekretär Dr. Grundei klar,

aus dem Titel werde nur die Koordinierung, etwa die Erstellung der Dienstpläne, nicht aber die Arbeit der Hebammen selbst finanziert.

Abgeordnete Pauls fragt dann zu Alternativen zu den Landesstipendien – Titel 681 02. – Staatssekretär Dr. Grundei erklärt, Schleswig-Holstein sei eines der wenigen Länder ohne Landarztquote. Die Neuordnung der Approbationsordnung stelle eine Möglichkeit dar, hier zu Verbesserungen zu kommen. Wichtiger als die Frage von Stipendien sei die Attraktivität der Standorte.

Sodann fragt Abgeordnete Pauls zur Zukunft der Frauenmilchbanken (Titel 682 04). – Herr Völk stellt klar, es habe sich nur um eine Anschubfinanzierung gehandelt, um die Infrastruktur in den Häusern zu schaffen. Die weiteren laufenden Kosten seien über die gesetzliche Krankenversicherung abzurechnen. Der Weiterbetrieb der Frauenmilchbanken sei somit gesichert, so Herr Völk auf eine Nachfrage der Abgeordneten Raudies.

Auf Fragen der Abgeordneten Herdejürgen und Dr. Garg zu Titel 684 03 – Landesanteil zur Finanzierung der Pflegeausbildung – erklärt Frau Bach, Leiterin des Referats „Berufe des Gesundheitswesens“ im Ministerium für Justiz und Gesundheit, die Differenzen erklärten sich durch die Art der Abrechnung und seien nicht vorherzusehen. Es sei beabsichtigt, hier stabile, besser leicht steigende Personenzahlen zu haben, für die das erforderliche Geld vorgehalten werden müsse. Zudem sei das System ja noch im Aufbau, was den großen Anstieg von 2022 zu 2023 erkläre. – Auf Bitte des Abgeordneten Kalinka sichert Frau Bach zu, die genauen Zahlen der Pflegeschülerinnen und -schüler nachzuliefern.

Abgeordnete Pauls fragt zu Titel 633 14 – Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Kinder psychisch kranker Eltern sowie Titel 684 12 – Zuschüsse an Verbände, Vereine, soziale oder ähnliche Einrichtungen für Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Kinder psychisch kranker Eltern – zur Antragslage – Herr Völk berichtet, es lägen keine Anträge vor.

Staatssekretär Dr. Grundei erklärt zu Titel 684 11 – an das UKSH zur Förderung von Maßnahmen zur Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Post-COVID-Beschwerden – auf Frage der Abgeordneten Pauls, es werde hier in der Tat über die Nachschiebeliste zu einem

Nachschlag in Höhe von voraussichtlich 1,6 Millionen Euro kommen. Wenn der Antrag vorliege, werde er im Sozialausschuss gern hierzu berichten. – Auf Nachfrage des Abgeordneten Kalinka erklärt Staatssekretär Dr. Grundei, ein Teil der Kosten werde als Regelleistung durch die Krankenkassen vergütet. In der Tat sei es hier haushalterisch zu einer Änderung infolge der Verfassungsgerichtsrechtsprechung zu den Notkrediten gekommen, so Staatssekretär Dr. Grundei auf eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Garg.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Garg zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – erklärt Herr Strunk, es handele sich hier um ÖGD-Mittel, die aus haushaltsrechtlichen Gründen von den landeseigenen Mitteln abgetrennt werden müssten.

Zum Titel 684 61 – an die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V. – hat Abgeordnete Pauls Nachfragen. – Zum Thema Drug Checking erklärt Staatssekretär Dr. Grundei, in der Tat sei hier nur der Betrag von 85.000 Euro für „Odyssee“ vorgesehen, die jüngere Diskussion im Sozialausschuss sei somit hier noch nicht eingeflossen. – Er sichert zu, Einzelheiten zu, Einzelheiten zu den Förderungen ISD Hamburg und IFT Nord nachzuliefern.

Abgeordnete Pauls fragt sodann zu Titel 633 62 – Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen außerhalb des Regelsystems –, warum der Titel auf null gesetzt werde. – Herr Völk antwortet, es gebe keine Anträge. – Abgeordnete Raudies zeigt sich überrascht, dass es beabsichtigt sei, diese fraktionsübergreifend geeinten Mittel auf null zu setzen. – Staatssekretär Dr. Grundei bestätigt, dass die Landesregierung sich dieses Thema weiter anschauen. Man müsse jedoch berücksichtigen, inwieweit die zur Verfügung gestellten Mittel abgerufen worden seien. – Auf Nachfrage der Abgeordneten Herdejürgen bestätigt Herr Dr. Oldenburg, Leiter des Referats „Infektionsschutz, Infektions- und Krankenhaushygiene, Infektionsepidemiologie, Impfwesen“ des Ministeriums für Justiz und Gesundheit, es gebe durchaus für den entsprechenden Personenkreis die Möglichkeit, entsprechende Leistungen in Schleswig-Holstein zu erhalten.

Zu Titel 684 62 – Bekämpfung von Volkskrankheiten und anderen Krankheiten – Gesundheitsaufklärung und Prävention – fragt Abgeordneter Dr. Garg nach der Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Herz und Kreislauf mit 30.700 Euro. – Herr Dr. Oldenburg verweist darauf, entsprechende Eigenmittel seien förderschädlich. – Staatssekretär Dr. Grundei meint, abseits

von konkreten Haushaltstiteln bleibe die Landesregierung der Aufgabe und auch der Förderung verpflichtet. Es gebe hier entsprechende Gespräche.

Abgeordnete Pauls fragt zu Einzelheiten der Förderung einer öffentlichen Gesundheitsplattform (Titel 526 68 – Ausgaben für Sachverständige, Gutachten u. ä.). – Herr Dr. Oldenburg berichtet, die Finanzierung sei im Wesentlichen eine Anschubfinanzierung, die in der Folgezeit im laufenden Betrieb ab 2025 nicht in dieser Höhe erforderlich sein werde.

Abgeordnete Raudies stellt zu Titel 685 62 – Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen – fest, es gebe hier insbesondere im Hamburger Rand ein Defizit. Es sei auch zu bezweifeln, ob der Ansatz angesichts der steigenden Zahlen auskömmlich sei. – Staatssekretär Dr. Grundei verweist auf die Regelsysteme.

Auf Bitte des Abgeordneten Dr. Garg erläutert Staatssekretär Dr. Grundei zu MG 71 – Förderung von ambulanten, stationären und sektorübergreifenden Angeboten (Versorgungssicherungsfonds), das Projekt KoHe-SH – Koordination der Hebammenversorgung, strebe insbesondere eine Verbesserung der Datenlage an. Die Landesregierung wisse nicht, wie viele Hebammen es in Schleswig-Holstein gebe. Der entsprechenden Meldeverpflichtung an die Gesundheitsämter kämen die Hebammen zum größten Teil nicht nach. – Herr Völk ergänzt, der Förderung des Projektes sei der Versuch vorangegangen, über die den Krankenkassen vorliegenden Daten hier zu Informationen zu kommen. Wissenschaftlich begleitet werde das Projekt durch die Universität Lübeck.

Auf Bitten der Abgeordneten Pauls berichtet Staatssekretär Dr. Grundei zu Titel 541 02 – Pakt für die Gesundheits- und Pflegeberufe –, es gebe im Rahmen des Paktes viele begonnene Aktivitäten, zu denen er gern auch im Sozialausschuss berichte. Die Mittel umfassten nicht die Personalstellen. Ziel des Ansatzes sei nicht die Förderung der Maßnahmen selbst, sondern nur die Flankierung durch die Übernahme der Kosten für Gutachten und ähnliches.

Kapitel 12 09 – Ministerium für Justiz und Gesundheit

Abgeordnete Raudies kritisiert zu Titel 821 68 – Ankauf von Grundstücken – den langsamen Fortgang des Neubaus der Justizvollzugsschule Boostedt. – Staatssekretär Carstens berichtet, im September 2023 sei im Kabinett ein Fahrplan verabredet worden. Die Entscheidung für

einen zeitnahen Grundstückserwerb und für einen Neubau seien hier ein Fortschritt. Er stimme Abgeordneter Raudies ausdrücklich zu, dass der derzeitige Zustand unbefriedigend sei. In der Tat sei der Bau jedoch erst ab 2027 vorgesehen. Es brauche diesbezüglich derzeit keinen erhöhten Haushaltsansatz, so Staatssekretär Carstens auf eine Rückfrage der Abgeordneten Raudies.

Kapitel 16 09 – Ministerium für Justiz und Gesundheit

Abgeordneter Dr. Garg lobt zu Titel 234 02 – Entnahme für Rückerstattungen von Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen aus dem Krankenhausstrukturfonds II aus dem Sondervermögen IMPULS 2030 –, dass es gelungen sei, mit dem Bund zu verabreden, dass die Mittel auch im Folgejahr für den gleichen Zweck dem Land Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen würden. – Herr Dr. Männle, Leiter des Referats Krankenhausfinanzierung und Statistik des Ministeriums für Justiz und Gesundheit, berichtet, die Förderbescheide würden immer für 15 Monate erstellt. Dieser Zeitraum sei hier von vornherein illusorisch gewesen. Dies sei mit dem Bundesamt für soziale Sicherung (BASS) frühzeitig kommuniziert worden, sodass man zu der Verabredung gekommen sei, den Antrag zurückzuziehen und das Geld für Schleswig-Holstein zu reservieren. Hierüber liege ihm auch eine schriftliche Bestätigung vor. Das Krankenhaus bleibe dennoch gefordert, das Projekt voranzutreiben. – Staatssekretär Dr. Grundei sichert einen Folgebericht im Sozialausschuss zu.

Zum Titel 884 01 – Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung – fragt Abgeordnete Pauls nach der weiteren Entwicklung. – Staatssekretär Dr. Grundei weist auf die steigenden Baukosten hin. Die Aufnahme des Marien-Krankenhauses auf die Warteliste sei aus formellen Gründen erfolgt und spiegele nicht mehr die aktuelle Lage wieder, so Staatssekretär Dr. Grundei. – Herr Dr. Männle ergänzt, die Übersicht in Umdruck 20/2673 (Seite 183 ff.) enthalte die eingegangenen Anträge ohne Bewertung durch das Ministerium. Soweit bereits ein Förderbescheid erteilt worden sei, würden auch unabweisbare Steigerungen der Baupreise finanziert. – Abgeordnete Pauls und Abgeordneter Kalinka bedanken sich, dass das Ministerium die Liste zur Verfügung gestellt habe. – Abgeordneter Dr. Garg meint, die spannende Frage sei, wie dies in den kommenden Jahren im Einzelnen finanziert werden könne.

**2. Neue Terminplanung 2024 des Finanzausschusses
(inklusive Beratungen über den Haushaltsentwurf 2025)**
[Umdruck 20/2699](#)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss den Terminplan [Umdruck 20/2699](#).

3. Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 14. Februar 2024 statt.

Der Finanzausschussvorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

gez. Lars Harms
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer